

Öffentliche Erklärung der kubanischen Regierung

Kuba verteidigt den Frieden als unabdingbare Voraussetzung zur Entwicklung aller Völker der Welt.

Unser Volk ist während über einem halben Jahrhundert Opfer der Aggressionen der Regierungen der Vereinigten Staaten gewesen, wodurch es sich gezwungen sah, unendlich viel Ressourcen und Energie aufzuwenden. Es war standhaft und beharrlich bei der Verteidigung der Souveränität des Landes und unterstützt die Bemühungen der UNO und deren Kampf für den Frieden.

Ein Teil unseres Gebiets ist seit über 100 Jahren gewaltsam besetzt und Kuba hat weder jemals versucht, zu seiner Rückgewinnung Gewalt anzuwenden, noch wird es dies je tun. Seine Außenpolitik ist der internationalen Völkergemeinschaft bekannt und wird von ihr anerkannt.

Im Augenblick ist eine Krise am Entstehen, welche die Völker beunruhigt und die durch die Nachrichten über die im Kaukasus, an der Südgrenze von Russland, ausgebrochenen Kämpfe verursacht wird.

Bei der Desintegration der UdSSR behielt Süd-Ossetien, das mit Gewalt Georgien annektiert wurde, mit dem es weder die Nationalität noch die Kultur teilte, seinen Status als autonome Republik mit eigener Regierung und Tsjinvali als ihrer Hauptstadt bei. Im Morgengrauen des 8. August hat Georgien unter Beihilfe der US-Regierung seine Streitkräfte gegen Süd-Ossetien lanciert und versucht, die Hauptstadt zu besetzen, was es am selben Tag der Eröffnung der Olympischen Spiele in Beijing öffentlich verlautbaren ließ.

Es ist nicht wahr, dass Georgien seine nationale Souveränität verteidigt.

Die russischen Truppen befanden sich legal in Süd-Ossetien, und zwar als eine Kraft zur Aufrechterhaltung des Friedens, wie der Weltöffentlichkeit bekannt ist. Sie haben keinerlei Ungesetzlichkeit begangen.

Die Forderung, dass die Invasoren sich zuerst zurückziehen, ist gerecht und unsere Regierung unterstützt sie.

Kuba, das von den Kräften der Vereinigten Staaten bedroht wird, kann aus Prinzip keinen Waffenstillstand ohne den Rückzug der Invasoren akzeptieren. Im Fall eines Angriffs auf das Land durch ausländische Kräfte würde es niemals solch einen Waffenstillstand zulassen.

Raúl Castro Ruz
Vorsitzender des Staats- und Ministerrats

Havanna, den 10. August 2008